Neue Luzerner Zeitung / Samstag, 2. April 2011 Verliert Adligenswil an Einfluss?

FUSION Als Teil der Stadtregion hätte Adligenswil wohl politisch wenig zu sagen. Die Gemeinde wiegelt ab.

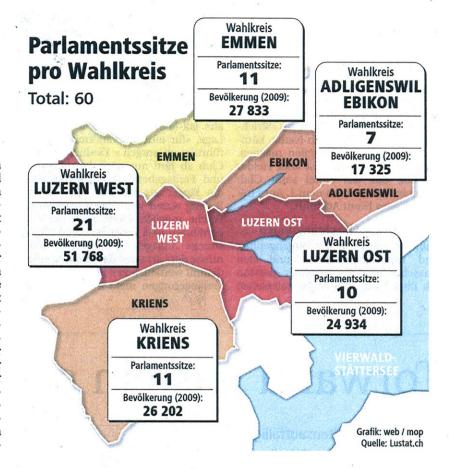
EMANUEL THALER emanuel.thaler@luzernerzeitung.ch

Adligenswil ist mit 5475 Einwohnern bevölkerungsmässig die mit Abstand kleinste Gemeinde, die sich an den in der Region Luzern laufenden Fusionsabklärungen beteiligt. Nur 3,7 Prozent der im möglichen Fusionsgebiet lebenden Bevölkerung wohnen in Adligenswil. Von 60 Sitzen im Parlament der fusionierten Stadtregion entfielen knapp über zwei auf die Gemeinde Adligenswil. «Diese Grössenordnung ist wohl realistisch», findet die Adligenswiler Gemeindepräsidentin Ursi Burkart-Merz (CVP). Sie ist sich deshalb bewusst: «Nach einer Fusion haben wir Adligenswiler auf unser Dorf sicher nicht mehr denselben Einfluss, den wir heute haben.» Fusionsbefürworter würden entgegnen, die Bewohner von Adligenswil könnten dafür künftig zu sämtlichen Angelegenheiten der Stadtregion mitreden, persönlich sei ihr die Mitsprache im Dorf jedoch wichtiger.

Vorbild Wesemlin-Quartier

Falls sich Adligenswil an der Fusion beteiligt, müsse das Luzerner Wesemlinquartier als Vorbild dienen: «Ich weiss nicht, wie es dieses Quartier mit grosser Regelmässigkeit schafft, seine Anliegen in der Stadt Luzern so gut zu positionieren», sagt Burkart augenzwinkernd. Offiziell lässt der Gemeinderat an der Gemeindeversammlung vom 31. Mai verlauten, was er von einer Fusion hält.

Auch gemessen an der künftig geplanten Stadtgrösse ist Ebikon klein: Mit 11 850 Einwohnern macht die Rontaler Gemeinde 8 Prozent an der Gesamtbe-



völkerung der «Starken Stadtregion» aus. Entsprechend entfallen auf den aus Adligenswil und Ebikon bestehenden Wahlkreis gemäss Vorschlag 7 von 60 Parlamentssitzen (siehe Grafik). Drohen ihre Anliegen damit unterzugehen? Diese Frage beruhe «auf einem falschen Denkansatz», findet der Ebikoner Gemeindepräsident Josef Burri (CVP). «Der Stadtbürger aus Kriens hat genauso ein Interesse daran, dass ein gemeindeeigenes Schulhaus in Ebikon nicht verlottert», illustriert Burri. Parlament und Stadtrat seien dem Gesamtinteresse verpflichtet. «Die Stadt Luzern beweist heu-

te schon, dass dies funktioniert», ist er überzeugt. In der Bevölkerung benötige dieses Umdenken bei einer Fusion wohl noch ein bis zwei Generationen Zeit.

Wahlkreise noch nicht definitiv

Dass die heutige Stadt Luzern politisch linker tickt als die Agglomerationsgemeinden, sei bekannt. Eine erdrutschartige Verschiebung der politischen Stärkeverhältnisse erwartet Burri indes nicht. «So riesig war die Verschiebung bei der Fusion zwischen Luzern und Littau nicht.» Das vorgeschlagene Wahlkreis-Regime sei zudem noch Wahlkreis zu klein

Sieben Sitze:

PROPORZ th. Für einen im Proporzverfahren vergebenen Parlamentssitz dürfen nicht mehr als 10 Prozent der Stimmen notwendig sein. Dies schreibt das Bundesgericht in einem den Kanton Nidwalden betreffenden Urteil vor. Aus diesem Grund hat der Kanton Luzern letzten Herbst seine Wahlkreise reformiert.

Judith Lauber, Leiterin des kantonalen Amtes für Gemeinden, bestätigt: «Auf Gemeindeebene gelten für Proporzwahlen dieselben Regeln wie beim Kanton.» Fakt ist: Im Wahlkreis Adligenswil/Ebikon wären 14.3 Prozent der Stimmen für einen Parlamentssitz notwendig. Der im Schlussbericht der Steuerungsgruppe «Starke Stadtregion» skizzierte Vorschlag mit einem 60köpfigen Stadtparlament und den fünf Wahlkreisen Adligenswil/Ebikon, Emmen, Kriens, Luzern Ost und Luzern West ist vom Kanton noch nicht geprüft worden.

nicht in Stein gemeisselt. «Es ist möglich, dass das Wesemlin oder das Würzenbach unserem Wahlkreis angeschlossen wird», sagt Burri.

Auch der Emmer Gemeindepräsident Thomas Willi (CVP) betont: «Der Schlussbericht schildert lediglich eine mögliche Organisation.» Er geht davon aus, dass sich die Situation nicht mit der Wahlkreisreform im Kanton vergleichen lasse (siehe Kasten). Sobald klar ist, wer sich definitiv an der Fusion beteiligt, werde der Vorschlag weiterentwickelt. Ende November dieses Jahres finden die Volksabstimmungen statt.